

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Mo allg 30 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.
Berlin S 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adenstraße 16
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Die Rettung Afrikas

Ein Fehler, den die Republik bisher ebenso wenig überwunden hat, wie die Monarchie, ist die Geheimdiplomatie. Immer noch bilden sich die jeweils am Ruder befindlichen Staatsmänner ein, die politische Weisheit mit besonders großen Taten nur Bruchstücke bekanntzugeben zu dürfen, damit das dumme Volk ihre kunstvollen Kreise nicht höre. Zweifellos haben wir nicht alles erfahren, was in Locarno beredet und vielleicht sogar vereinbart worden ist. So wird zum Beispiel in manchen Blättern behauptet, es sei dort ein Übereinkommen getroffen worden, wonach Deutschland seine ehemaligen Kolonien oder vorläufig einen Teil davon wiedererlangen soll, zunächst in der Form, daß der Völkerbund ihm ein Mandat zu deren Verwaltung überträgt.

Ob etwas an der Sache ist, läßt sich so ohne weiteres nicht sagen. Aber unwahrscheinlich ist sie nicht. Denn einerseits sind ja die ehemals deutschen Kolonien wirtschaftlich sehr wenig wert (mit einziger Ausnahme von Ostafrika), so daß der Verzicht darauf für England und Frankreich kein wirkliches Opfer bedeutet. Andererseits könnten sich die Entente-Regierungen mit diesem kleinen Geschenk billig die Freundschaft der deutschen Nationalisten erkufen, die dergleichen natürlich sofort als einen großartigen Erfolg ausposaunen würden. Wie weit das geht, zeigt die Tatsache, daß der in Hamburg erscheinende Wirtschaftsdienst — eine Zeitschrift, deren Inhalt sich in der Regel durch ernste, wissenschaftliche Gediegenheit auszeichnet — in seiner Nr. 44 einem Aufsatz des Regierungsrates Hans Zache über Locarno und die Kolonialfrage Raum gegeben hat, in dem ein wüster Chauvinismus sich ausstößt.

Man weiß, daß vor dem Kriege die Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit die Kolonialpolitik und die Erwerbung von Kolonien bekämpfte. Es fragt sich, ob für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse ein Grund vorliegt, diesen Dingen jetzt anders gegenüberzutreten.

Dabei wollen wir uns nicht damit aufhalten, daß der Verfasser des genannten Aufsatzes die „Ehrenfrage“ in den Vordergrund stellt: der Verfall der Ehre habe „uns“ die Kolonien genommen unter der ehrenkränkenden Begründung, daß wir unfähig und unwürdig seien, Kolonien zum Wohle der unentwickelten Rassen (!) zu verwalten. Der sehr ehrenwerte Herr Woodrow Wilson habe sogar gesagt, wir wären mehr auf die Ausrottung als auf die Förderung der uns anvertrauten (!) farbigen Rassen bedacht gewesen, und dies werde „vom deutschen Volke als die bitterste aller Ehrenkränkungen“ empfunden.

Dergleichen Geschwätz kann uns als Sozialisten nicht aufregen. Wir wissen, daß es nichts als Heuchelei ist, da ja die Engländer, Franzosen, Amerikaner usw. in den Kolonien ebenfalls nur den eigenen Vorteil, das heißt den Vorteil ihrer kapitalistischen Klassen suchen und ihre Brutalitäten gegenüber den Eingeborenen den deutschen durchaus ebenbürtig sind. Andererseits bedanken wir uns dafür, das „deutsche Volk“ Männern wie Keil, Behlau, Peters gleichzusetzen. Vorwärts, die sich gegen solche Kolonialisten richten, werden deshalb auch nicht vom „deutschen Volk“ als Ehrenkränkung empfunden.

Deshalb ist es uns völlig wurst, ob in der Erteilung eines derartigen Mandats durch den Völkerbund das Anerkenntnis liegt, daß man „uns“ für fähig und würdig zur Verwaltung von Kolonien erklärt. Überhaupt, wer sind „wir“? Die deutsche Arbeiterklasse hat niemals den geringsten Anteil weder am Eigentum noch an der Verwaltung der Kolonien gehabt. Sie fühlt sich folglich von Vorwürfen ebenso wenig getroffen wie von Lob. Das alles sind Privatangelegenheiten der deutschen Kapitalisten, die es hier wie immer so darzustellen belieben, als ob ihre eigenen Belange Sache der Gesamtheit wären.

Dies tritt in dem Aufsatz des Herrn Zache mit blendender Klarheit hervor, sobald er sich den wirtschaftlichen Fragen zuwendet, die allein für uns in Betracht kommen. Es ist schon viel, daß er sich zurückhält gegenüber dem üblichen Schwindel, als brauche Deutschland Kolonien für seine „überschüssige Bevölkerung“. Erstens haben wir eine solche gar nicht, es werden im Gegenteil jedes Jahr noch 150 000 fremde Arbeiter herbeigeholt; zweitens sind die ehemals deutschen Kolonien zur Aufnahme einer ernsthaften Auswanderung gar nicht geeignet, weil höchstens ein paar tausend Weiße dort leben können; und drittens fügen wir hinzu, steht einem Deutschen, der auswandern will, so ziemlich die ganze Welt offen. Es sind dazu keine deutschen Kolonien nötig.

Das Hauptgewicht legt der Verfasser deshalb auf den Bezug von Kolonialprodukten, und hier kommt keine echt kapitalistische Denkwürdigkeit an den Tag. Ohne nämlich darüber zu streiten, wieviel Kautschuk, Kakaos und dergleichen die ehemals deutschen Kolonien überhaupt zu liefern vermögen — Zache ist vorsichtig genug, uns damit auf die Zeit „nach wenigen Generationen“ zu verweisen —, ohne also darüber zu streiten, liegt doch auf der Hand, daß man alle diese schönen Dinge ebenso gut kaufen kann, wenn dieselben Kolonien unter englischer oder französischer Verwaltung stehen. Die Statistik zeigt, daß Deutschland stets, auch vor dem Kriege, aus den englischen Kolonien viel mehr bezogen hat als aus den deutschen (und auch dorthin viel mehr verkauft hat als nach den „eigenen“). Und die Engländer haben sich gegütet, die Deutschen darin zu ähren; sie wußten die Vorteile zu schätzen, die sie selbst aus diesem deutschen Handel zogen. An dieser Tatsache ist nicht vorbeizukommen. Und wie hilft sich Zache darüber hinweg? Er sagt, Hamburger Kaufleute hätten berechnet, „daß tropische Einfuhrgüter, die uns vom Auslande bezogen, 100 Millionen kosten würden, bei der Erzeugung auf eigenem Boden nur 50 bis 65 Millionen Mark kosten würden“.

Das ist ja eine erstaunliche und schwer glaubliche Behauptung. Sollten die Engländer und Franzosen so schlechte Geschäftsleute sein, dann könnten sie den Kolonialhandel unmöglich lange betreiben. Sie würden dann ziemlich schnell durch die soviel tüchtigeren Deutschen aus dem Geschäft mit ihren eigenen Kolonien verdrängt sein.

Indessen, man braucht nur weiter zu lesen, da findet man des Rätsels Lösung. Herr Zache fährt nämlich fort:

„weil die Differenz als Gewinn und Lebensunterhalt unserer An siedler und Angestellten in den Kolonien, als Handels-, Reederei- und Versicherungsgewinn unserem Nationalvermögen wieder zugute läge“.

Ist das nicht eine löstliche Recherei? Auf deutsch heißt das: Dem deutschen Volksgenossen, der sie braucht, kommen die Kolonialprodukte genau so teuer, als seien sie von England usw. gekauft; nur der Reibach, der daran gemacht wird, fließt in die Taschen der Kapitalisten. (Denn deutsche An siedler und Angestellte kann es dort auch unter fremder Verwaltung geben.) Ein klassisches Beispiel, wie die Privatsache einer Handvoll Kapitalisten als Sache der gesamten Nation ausgegeben wird!

Also Vorteil würde von der Erwerbung der Kolonien, selbst nach der Darstellung des Herrn Zache, nur eine kleine Schicht deutscher Kapitalisten haben. Wer aber trägt die Kosten? Hier steckt der Pferdeschuh. Das ist der eigentliche Sinn und Zweck der Kolonialpolitik, daß sie die Geschäftskosten und namentlich das Risiko mindestens zu einem großen Teil dem Staate aufhalsen soll. Und diese Kosten werden gewaltig sein, in Zukunft viel größer als jemals in der Vergangenheit. Herr Zache schiebt das zwar mit einer Handbewegung beiseite, indem er behauptet, schon vor dem Kriege hätten sich die Kolonien selbst erhalten, bis auf die Kolonialarmee; und auch die hätte das Reich nur der Ehre wegen bezahlt. Merkwürdig, daß dann zum Beispiel jeder Eisenbahnbau auf das Reich abgemauert wurde, das sogar in der Heimat den Bau und die Verwaltung von Lokalbahnlinien gern den Staatsbürgern überläßt. Doch sei dem, wie ihm wolle, in Zukunft werden da ganz andere Dinge hinein spielen. Am Schluß muß nämlich unser Kolonialwütige wohl oder übel zugeben,

„daß Deutschland in den drohenden Kampf der farbigen Kolonialrassen gegen die weiße Herrschaft hineingejagt werden könnte. Es ist richtig, daß aller Wahrscheinlichkeit nach solche Kämpfe bevorstehen“.

Wir meinen, das genügt. Darüber helfen nicht ein paar törichte Redensarten hinweg, die alle Schuld daran auf die anderen Völker schiebt und in echt nationalistischer Überhebung behauptet, „uns“ könne so etwas nicht passieren, „wir“ würden immer Freunde unter den farbigen Völkern haben, die sich danach sehnen, von „uns“ ausgebeutet zu werden; und so viele „uns“ die welthistorische Mission zu, Afrika für die Weltzivilisation und Weltwirtschaft zu retten“. Diese Sorte Rettung würde „uns“ verdammt teuer zu stehen kommen. Es läßt sich gar nicht absehen, welche ungeheuren Summen die bevorstehenden Kolonialkriege verschlingen werden. Die soll dann der Staat bezahlen, derselbe Staat, der jetzt fast ausschließlich von den Steuern der Arbeiterklasse lebt. Nur damit eine kleine Anzahl deutscher Kapitalisten einen Reibach machen.

Das ist das Lange und das Breite der gegenwärtigen Kolonialpolitik.

Patriotismus

Verdienen wird groß geschrieben in der Welt. Besonders hoch aber scheinen die deutschen Kapitalisten den Verdienst am Vaterlande zu schätzen. Sich um das Vaterland verdient zu machen, das überlassen sie willig anderen Leuten, den Beamten, den Arbeitern, die das Vaterland gesundhalten sollen. Sie selbst ziehen es vor, am Vaterland zu verdienen.

Vorerst ein paar Erinnerungen aus alten Zeiten. Im Handbuch für sozialdemokratische Wähler, herausgegeben vom sozialdemokratischen Parteivorstand 1903, wird Seite 374/75 erzählt, daß „seinerzeit“ (gemeint ist die Zeit der großen Flottenrüstungen um 1898) die Firma Krupp und die Firma Gebr. Stumm (Dillinger Hütte) für die Reichsmarine Panzerplatten lieferten und sich je Tonne 3320 M. bezahlen ließen, während eine amerikanische Firma ihrer Regierung die gleichen Panzerplatten für 1920 M. je Tonne lieferte, obwohl sie davon noch 105 M. Patentgebühr an die beiden deutschen Firmen zahlen mußte. Es dauerte eine Weile, bis die Sache ruckbar wurde. Als Lärm geschlagen wurde, konnten Krupp und Stumm ebenfalls für 1920 M. liefern und profitierten selbst dann noch an jeder Tonne 1020 M., das heißt 113 vH!

Weiter lesen wir da: In der Haushaltskommission des Reichstags wurde im März 1903 festgestellt, daß infolge des Aufstretens eines Wettbewerbs die Preise für Lieferungen an das Reich wie folgt ermäßigt wurden: für eine Lieferung Kanonen von 44 auf 24 Millionen Mark; für Kanonenrohre von 3000 auf 1800 M.; für Ächsen von 150 auf 70 M. usw. Das heißt, so lange kein Wettbewerb vorhanden war, mußte das Vaterland die genannten viel höheren Preise zahlen, wurde also von diesen Patrioten nach allen Regeln der Kunst begaunert. Denn die spätere Ermäßigung zeigt ja, daß auch die niedrigeren Preise noch ausgereicht haben müssen, um dem Kapital einen „angemessenen“ Profit zu lassen.

Endlich noch eins: „Die Schienenfabrikanten verkaufen an Staat und Reich die Tonne Eisenbahnschienen für ungefähr 125 M., die sie an das Ausland für 80 M. liefern.“

So sah es schon vor 23 Jahren mit dem Patriotismus der deutschen Kapitalisten aus. Schlimmer, viel schlimmer wurde das während des Krieges, gerade zu jener Zeit, da jeder einzelne Proletarier und Mittelständler entweder sein Leben opfern mußte oder mindestens sein bischen schwer erarbeiteten Wohlstand dahinschmelzen sah.

Im Jahre 1920 erschien im Verlag Neues Vaterland, Berlin, eine Broschüre über Sozialisierung und Wiederaufbau von Alfons Horten. Ich zitiere daraus wörtlich die folgenden Stellen (S. 33):

„Sobald man merkte, daß an Eisen und Stahl Mangel herrschte, wurden unter rücksichtsloser Ausnutzung der Notlage des Vaterlandes Bucherpreise von vielen hundert Millionen Mark erpreßt... Die Preisprüfungsbeamten, welche pflichtgemäß diesen Wucher zu steuern versuchten, wurden aus ihren Stellen verdrängt und statt ihrer von der Schwerindustrie bezahlte und ihr gewogene Subjekte eingesetzt, die unbedenken alle Preisforderungen der Werke bewilligten.“

... Als infolge der Sperrung der englischen Ausfuhr Ende 1915 die Eisenpreise im neutralen Ausland stiegen und durch den niedrigen Stand der (deutschen) Valuta hohe Gewinne lockten, wurden besonders in den ersten drei Vierteljahren 1916 von den großen Patrioten der Schwerindustrie aus deutschen Werken ungeheure Mengen Stahl, bis zu 250 000 Tonnen monatlich, ausgeführt, dagegen der Heeresverwaltung und der Eisenbahnverwaltung die Übernahme dringender Lieferungen verweigert und die Erfüllung der zu niedrigeren Preisen eingegangenen Lieferungsverpflichtungen vernachlässigt und verzögert. Empfindlicher Stahlmangel an der Front, der tausenden Soldaten das Leben gekostet hat, war die Folge... Seit Anfang 1916, das heißt von dem Zeitpunkt ab, wo die Auslandspreise gestiegen waren, erhielt die Eisenbahnverwaltung nur noch einen kleinen Teil der abgeschlossenen Stahlmengen... Der Zusammenbruch unseres Eisenbahnbetriebes im Winter 1916/17 ist dadurch zum großen Teil verschuldet... Die Folge war, daß unsere gesamte Kriegswirtschaft gelähmt und die Durchführung des großen Rüstungsprogramms behindert und gestört wurde.“

Endlich behauptet Horten noch, „daß zehntausende Tonnen Stahlmateriale im Kriege über die Schweiz nach Frankreich und Italien gegangen sind und der Kriegführung unserer Feinde zugute kamen“.

Das sind furchtbare Anklagen. Vestechnung und Landesverrat mitten im Kriege um schändlichen Geldpartei! Man sollte meinen, die deutschen Kapitalisten hätten sofort alles angeboten, um sich von solchen Vorwürfen zu reinigen. Aber in den ganzen seither verfloßenen sechs Jahren habe ich die Sache nur ein einziges Mal in der kapitalistischen Presse erwähnt gefunden. Das war in der Deutschen Bergwerkszeitung. Die ging aber auch nicht auf die Vorwürfe ein, sondern sie stellte sich dumm. Sie fragte: „Wer ist Horten? Ist es vielleicht ein Druckfehler für Dorten, den separatistischen Landesverräter?“ Dabei weiß die DfZ natürlich sehr gut, wer Horten ist. Im Vorwort der Broschüre steht zu lesen, daß er sieben Jahre lang einer der leitenden Direktoren des Thyssen-Konzerns war und daß er während des Krieges in der Kriegsgroßstoffabteilung des Kriegsministeriums die Bewirtschaftung von Eisen und Stahl leitete, überdies auch noch dem Bezirk Bries und den beschlagnahmten Wendelschen Hochöfen- und Stahlwerken vorstand. Ein solcher Mann ist der DfZ sicherlich bekannt, und ebenso gut weiß sie, daß er sachverständig und mit den Vorgängen, die er erzählt, genau vertraut ist.

Warum nun gerade heute diese alten Geschichten austräumen? Weil das deutsche Kapital seinen Gewohnheiten tren geblieben ist. Weil wir heute wieder vor einem eben solchen Fall stehen.

Am 19. November hat man sich auf einer Tagung des Eisen- und Stahlwaren-Industrieverbandes zu Eberfeld darüber beklagt, daß das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat große Mengen Kohlen an das Ausland billiger verkauft hat, als sie im Inlande kosten. Darauf hat das Syndikat die Dreifaltigkeit, in einer längeren Erklärung in der Deutschen Bergwerks-Zeitung (am 22. November) sein Verhalten zu rechtfertigen. Die Erklärung hat folgenden Inhalt:

Beim Verkauf ins Ausland müssen wir uns nach den Preisen der Konkurrenz richten, namentlich Englands. Sollten wir also jenen Klagen stattgeben, so müßten wir entweder den Inlandspreis ebenso weit ermäßigen oder auf den Verkauf ins Ausland verzichten. Das erstere ist unmöglich, weil die Beiden schon jetzt nichts verdienen. Das letztere würde „eine weitere Stilllegung von annähernd einem Drittel der Bechen und die Entlassung von etwa 130 000 Arbeitern erfordern“. Außerdem würden dann die Dividenden fortfallen, die man jetzt durch die Kohlenausfuhr bekommt, was „ein gefährlicher Stoß für unsere Währungsökonomie sein würde“.

Was für eine Annahme und Überheblichkeit gehört zu einer solchen Erklärung! Daß ihre Urheber darauf spekulieren, die Leser würden das Koch in ihrer Beweisführung nicht sehen — das kann man doch kaum annehmen. Bleibt also nur übrig, daß sie überzeugt sind, es werde niemand den Mut haben, ihnen zu widersprechen, wenn sie die schändliche Übertreibung des inländischen Marktes als eine vaterländische Tat ausmalen! Also, nach ihrer Behauptung verdienen die Bechen schon beim jetzigen Inlandspreis nichts. Die günstigste Auslegung dieser Behauptung würde sein, daß sie beim jetzigen Inlandspreis eben gerade die Untkosten decken. Trotzdem verkaufen sie ins Ausland billiger, nur um 130 000 Bergleute zu beschäftigen und dem Vaterlande Devisen zu besorgen. Aber dann legen sie ja auf jede Tonne Kohlen, die ins Ausland geht, 5 bis 6 vH auf! Dann opfern sie Monat für Monat ungezählte Millionen Mark, nur aus Liebe zum Vaterland und zu den Bergarbeitern! Welche edle Menschen sind doch die Kapitalisten vom Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat! Wie rührt uns ihr vornehm, wahrhaft vaterländisches Verhalten bis zu Tränen! A. H. u. a.

Jede Frau arbeite mit!

Jede Frau? Ja, jede! Und nicht nur Frau dem Familienstand nach — nein — jedes weibliche Wesen kann sein Teil an der großen Arbeit tun, die getan werden muß.

Jene Frauen und Mädchen, die im Beruf stehen, sind diesem Wirken am nächsten, ihnen ist es am leichtesten, in sozialer Hinsicht ihre Pflicht zu tun. Sie werden die Augen offen haben für die Notwendigkeit gemeinsamer Verbundenheit, für die Unerschlichkeit, die Verbände mit regelmäßigen Beitragsleistungen zu stärken für die große gemeinsame Arbeit. Von ihnen sei deshalb nicht besonders gesprochen, wiewohl auch hier eine jede noch ein Stück tun kann, indem sie durch Aufklärung und Vorbild in den Kreisen der Mitarbeiterinnen die Idee zu immer neuem Leben, immer leuchtenderen Farben erweckt.

Aber die Frau, das Mädchen, die im häuslichen Kreis wirken — auch sie können viel helfen und stützen, über den Rahmen der Sorgen um die eigene Familie hinaus können sie manchen Baustein tragen für die große Sache!

Da ist zuerst die Einsicht dafür, daß eben die für den Erwerb arbeitende Familienmitglied als Mitglieder ihrer Gewerkschaften die Beiträge zahlen müssen, daß dies nicht eine „zwecklose“ Ausgabe ist, über die die Frau als Haushälterin brummen soll. Die Einsicht dafür muß jede vernünftige Frau haben, denn sie sichert sich ja damit selbst den Boden, auf dem sie steht.

Dann aber ein wichtiger Punkt: Die Deckung des häuslichen Bedarfs im Konsumverein. Das ist eine ganz bedeutende Sache. Was die Frau in den Ausgabestellen des Konsumvereins entnimmt, daran verdient sie ja mittelbar schon wieder. Wenn sich doch jede Arbeiterhausfrau das immer vor Augen halten wollte!

Nicht dort liegt der Nutzen, wo in den Fenstern der vielen Warenhäuser lodende Nichtigkeiten zu „taunend billigen Preisen“ aufgeschwepelt liegen. Das ist die Verführung, das ist die Verwirrung! Wie oft wird dies und das gekauft, was nicht dringend notwendig war, und dann fehlt am Ende der Woche das Geld für das Allernotwendigste!

Es muß gelogt werden, daß es der weiblichen Natur zu verzeihen ist, wenn das, was in geistlicher Form geboten wird, mehr zeigt, als einfach und unbeschönigt im rohen Holzgestell aufgeschichtete Ware. Aber hier könnte die Einsicht der Frau, daß unnotige Aufmachung die Ware verteuert, gleichermaßen abhelfen, wie die Einsicht der Leiter der Konsumvereinsteller, daß ansprechende Anordnung der Warenbestände nicht immer Geld kosten muß, sondern auch schon mit etwas Geschick und Liebe zur Sache erreicht werden kann. Man ist ja schon auf dem besten Wege, hier zwischen Verkaufsstelle und laufendem Publikum eine Übereinstimmung zu schaffen. Und selbst das bei Frauen so beliebte „Warenhaus“ mit seiner Mannigfaltigkeit kann der Konsumverein in größeren Städten seinen Mitgliedern bieten, wo sie alles finden, was sie brauchen, ohne Preise zu bezahlen, die ihren heftigsten Gefühnsgegnern die Taschen füllen. Ich habe in Deutsch-Ostpreußen und in der Tschechoslowakei geradezu Vorbildliches auf diesem Gebiete gesehen.

Der Einkauf beim Konsumverein bemächtigt außerdem die Frau, die mit knappen Mitteln rechnen muß, vor einer großen Gefahr: dem Vergeßen. Die „Mängel-“ und Ausschreibewirtschaft der kleinen Kramhandlungen hat schon so manchen Familienfrieden untergraben, so oft Zwist und Zerfall zwischen Eheleuten gebracht. Beim Konsumverein, wo als Lohn für die hauswirtschaftliche Tat des Wareneinkaufs am Jahreschluß die Spargelder werden, wird manche Frau im besten Sinne „erzogen“.

Wie auch der Kauf der Waren beim Konsumverein ist eine soziale Tat!

Und der durch keinerlei heimliche Schuldvorwürfe, durch keinerlei leichtfertige Geldstrafen untergrabene Haushalt bietet wiederum ein Unschätzbares: Ruhe, Behaglichkeit und Frieden. Drei unerläßliche Eckpfeiler im Kampfe gegen die Raubkäufer der heutigen Zeit. Der Mann, der Sohn, die Tochter, die sich nach dem Tageswerk in einer freundlichen Häuslichkeit wohlfühlen, sie sind am besten gegen die Lodungen von Kneipe und des Singelgangs.

Sie Frauen, wenn ihr, am einfachen Herde mit Bedachtsamkeit und offenem Blicke waltend, überichau, was es heißt, den Straßen arbeitsfreudig in den Reihen der kämpfenden, durch die Gewerkschaft geknüpften Klassenbrüder zu wissen, das Haus lauter und ohne Schuldgespenster, die Töchter und Söhne freudig und kecklich fröhlich und gesund... und wenn ihr überlegt, wie das zu fördern in eure Hand gegeben ist, seid ihr dann nicht stolz auf das, was ihr zur Lösung der sozialen Frage tut? Weh!

Telegraphie im Urchrist

Es ist schon jetzt möglich, handschriftliche Bzge, Strichstempel, Kapselbilder und gewisse Photos telegraphisch — mit und ohne Draht — in die Ferne zu übertragen. Eine Telegraphie im Urchristen ist also bereits da. Aber sie soll nicht nur für die Wissenschaft und die Kunst, sondern auch für die praktische Anwendung dienen. In der Tat ist es schon jetzt möglich, handschriftliche Bzge, Strichstempel, Kapselbilder und gewisse Photos telegraphisch — mit und ohne Draht — in die Ferne zu übertragen.

Es ist denn ein Wunderwerk der Wissenschaft, der durch die Zusammenarbeit von Telefunken-Berlin und Dr. Schärer-Kölnig entstanden ist, und der die sogenannte drahtlose Telegraphie ermöglicht. Man braucht dabei ein Bild von 10 bis 15 Zentimeter Größe, das mit dem zu übertragenden Schriftzug versehen ist, in die Endstation ein, und schon nach wenigen Sekunden kann dann beispielsweise in Amerika eine genaue Wiedergabe des Schriftbildes aus der Empfängerstation entnommen werden.

Wenn man sich den Sendevorgang näher ansehen will, muß man sich zwei Vorbedingungen zu denken. Es ist erstens eine elektrische Zelle, die mit einem Zylinder aus Zink beschichtet ist. Die Zelle wird mit einem Metallblech beschichtet und ein Metallblech gegen das Zink geblendet, der ganz langsam nach unten nach rechts verschoben wird. Der durch die Zelle fließende Strom wird durch einen Widerstand in Form einer sehr engen Spirale umgewandelt, und wenn diese Spirale dabei geschwächt wird, so wird die Zelle durch einen Strom von hoher Frequenz durchstrahlt. Diese Zelle wird durch einen Strom von hoher Frequenz durchstrahlt, und wenn diese Spirale dabei geschwächt wird, so wird die Zelle durch einen Strom von hoher Frequenz durchstrahlt.

Die Zelle wird durch einen Strom von hoher Frequenz durchstrahlt, und wenn diese Spirale dabei geschwächt wird, so wird die Zelle durch einen Strom von hoher Frequenz durchstrahlt. Die Zelle wird durch einen Strom von hoher Frequenz durchstrahlt, und wenn diese Spirale dabei geschwächt wird, so wird die Zelle durch einen Strom von hoher Frequenz durchstrahlt.

Wie kann der Gewerkschafter sparen?

Ausgliedern und aufheben!

Die Organisierung des Sparwesens durch die Arbeiterbank ist weiter gebiegen. Es soll nunmehr kurz mitgeteilt werden, welche Wege der Gewerkschaftsleiter einschlagen muß, um bei der Arbeiterbank die besten Vorteile zu erzielen.

Die gebräuchlichste Art ist die Einzahlung der Spargelder auf ein Sparbuch. Die Sparkasse der Arbeiterbank stellt an jedem Sparbuch mit täglicher und monatlicher Kündigung aus. Zurzeit beträgt der Zinssatz für täglich abhebbares Sparguthaben 6 vH und für monatlich kündbares Sparguthaben 8 vH. Einzahlungen auf Sparbücher können in folgender Weise gemacht werden:

1. Einzahlungen für Berlin werden in den Kassendamen der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-O., Berlin S 14, Wallstraße 66, von 9 bis 3 Uhr und 6 bis 7 Uhr, Samstags von 9 bis 1 Uhr, und außerdem in der Filiale in Hamburg, Besenbinderhof 57/59, entgegengenommen. Die Sparbücher werden an den einzelnen Sparer ausgehändigt.

2. Einzahlungen können ferner mittels in den Ortsauschüssen (Gewerkschaftsstellern) bzw. Ortsverwaltungen erhältlichen Postgeldzahlarten auf das Postgeldkonto Berlin 3898 geleistet werden. Wenn ein Sparkonto noch nicht besteht, wird das neu angelegte Sparbuch den Sparer durch die Post überliefert. Ist auf diesem Wege eine Einzahlung für ein bestehendes Konto gemacht, so behält der Einzahler den Postgeldabschnitt als vorläufige Quittung. Die Eintragung ins Sparbuch findet bei gelegentlichem Vorkommen in der Sparkasse, spätestens bei der zum Jahreschluß erfolgenden Gürtelprüfung der Zinsen statt.

3. Einzahlungen können auch bei den Ortsauschüssen und Ortsverwaltungen selbst gemacht werden. Wird das Sparbuch vorgelegt, so quittiert die vereinnahmende Kasse sofort im Sparbuch. Geht die Einzahlung ohne Vorlage des Sparbuches, erhält der Sparer von der betreffenden Kasse eine Quittung. Zur Sicherung der Sparguthaben wird zu jedem Sparbuch eine mit der gleichen Nummer versehene Sicherungskarte ausgefertigt. Es empfiehlt sich, diese Sicherungskarte getrennt vom Sparbuch aufzubewahren. Rückzahlungen werden nur geleistet, wenn Sparbuch und Sicherungskarte vorgelegt werden. Falls Rückzahlungen durch die Post angefordert werden, ist das Sparbuch und die Sicherungskarte in getrennten Briefen einzuliefern.

Rückzahlungen finden statt an der Kasse der Arbeiterbank, Berlin S 14, Wallstraße 66, und deren Filiale in Hamburg 1, Besenbinderhof 57/59; ferner leisten die Kassen der Ortsauschüsse und Ortsverwaltungen Rückzahlungen, wenn Sparbuch und Sicherungskarte in der vorgezeichneten Weise vorgelegt werden. (Die Sparer können auch das Sparbuch und die Sicherungskarte durch die Post an eine der beiden oben genannten Adressen einschicken und die Rückzahlung eines Betrages fordern. In diesem Falle wird das Geld durch Postbescheid, Sicherungskarte und Sparbuch durch die Post an den Sparer überliefert.)

Bei der Arbeiterbank in Berlin, ihrer Filiale in Hamburg und bei den Ortsauschüssen und Ortsverwaltungen werden ferner Sparkonten sowie Sparmarken in den Beträgen von 1, 2 und 5 M ausgegeben. Für die zu sparenden Beträge sind bei den Ortsauschüssen, Ortsverwaltungen, Betriebsleitungen und den Arbeiterbanken Sparmarken zu kaufen und in die Sparkasse einzuliefern. Rückzahlungen der auf diesem Wege gesparten Beträge erfolgen nur in der Arbeiterbank, Berlin S 14, Wallstraße 66, und in Hamburg 1, Besenbinderhof 57/59, und nur dann, wenn mindestens 10 M gespart sind. Die Sparmarken können in den Kassendamen vorgelegt werden oder durch die Post oder über die Gewerkschaften eingekauft werden. Die Überweisung der Sparbeträge erfolgt durch die Post direkt an den auf der Sparkasse bezeichneten Sparkonteninhaber.

Sobald der Gesamtbetrag der eingeleiteten Marken 10 M erreicht hat, kann die ersparte Summe auf ein Sparkonto übertragen werden. Bei der Vorlegung bzw. Überweisung der Sparmarken ist Name, Stand, Adresse und Sparbuchnummer anzugeben. Sollte ein Sparkonto noch nicht bestehen, so genügt der Vermerk „Für ein neues Konto“.

Die Ortsauschüsse, die Ortsverwaltungen, die Arbeiterbank und ihre Filiale in Hamburg stehen allen Gewerkschaftsmitgliedern zur weiteren Auskunft gern zur Verfügung. Es kommt jetzt darauf an, daß alle Spargelder der Arbeiterbank in die Sparkasse der Arbeiterbank fließen. Ein Gewerkschaftsleiter muß den anderen auf die Arbeiterbank aufmerksam machen. Jeder Ortsauschluß, jede Ortsverwaltung muß ein Sammelbüchlein für die Arbeiterbankparasse werden. Vereinzelt und verstreut bedeuten die Arbeitergruppen nichts, zusammengefaßt und gesammelt sind auch sie eine Macht.

4,6 Millionen Mark Lohnsteuer zurückbezahlt

Nach dem alten Rechte Gehraucht!

Nach dem Ausweis des Reichsfinanzministeriums sind bis zum September rund 4,6 Millionen Mark Lohnsteuer zurückbezahlt worden. Das ist ein schöner Erfolg sowohl der Arbeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die diese Bestimmungen in das Gesetz brachte, als auch der Mitarbeit der Funktionäre, die es übernommen haben, den Steuerpflichtigen beim Stellen der Anträge behilflich zu sein. Die Sache der Erstattungen ist in der Metallarbeiter-Zeitung wiederholt ausführlich (siehe Nr. 2, 35 usw.) behandelt worden. Dennoch können viele Arbeiter von ihrem Rechte keinen Gebrauch gemacht zu haben, da die Summe der Erstattungen, gemessen an dem gewaltigen Aufkommen der Lohnsteuer, noch verhältnismäßig klein ist. Wenn bisher nicht mehr erstattet worden ist, so liegt das einmal daran, daß noch immer bei weitem nicht alle Steuerpflichtigen von ihrem Rechte Gebrauch gemacht haben. Sodann sind aber vor allem die Er-

reichte ist, aber doch durch technische Hürden möglich gemacht wird. Freilich bleiben die sogenannten „unvollständigen Kaufwerke“ immer Schwächenpunkte der Konstruktion. Die Empfängerwalze ist mit photographischem, lichtempfindlichem Papier beschichtet, und sie wird durch einen Lichtstrahl durchstrahlt. Wir wollen zunächst annehmen, daß dieser Strahl eine bestimmte Kraft habe, das heißt, daß beständig Licht von einer gewissen Stärke auf das Papier falle. Dann wird schließlich überall auf diesem eine gleiche gleichmäßige Wirkung eintreten, und es mag alles schwarz oder dunkel erscheinen.

Wenn jedoch im Empfänger ein Abbild der Bzge entstehen soll, die übertragen werden wollen, wird es darauf ankommen, daß der Lichtstrahl, der die photographische Aufnahme gemacht ist, an den verschiedenen Stellen gleichermaßen verhalten wird, und daß er an abweichender Arbeit, in Abhängigkeit von den hellen und dunklen Stellen des Originals. Sehen wir jetzt zu, wie dies geschieht.

Wenn man sich den Sendevorgang näher ansehen will, muß man sich zwei Vorbedingungen zu denken. Es ist erstens eine elektrische Zelle, die mit einem Zylinder aus Zink beschichtet ist. Die Zelle wird mit einem Metallblech beschichtet und ein Metallblech gegen das Zink geblendet, der ganz langsam nach unten nach rechts verschoben wird. Der durch die Zelle fließende Strom wird durch einen Widerstand in Form einer sehr engen Spirale umgewandelt, und wenn diese Spirale dabei geschwächt wird, so wird die Zelle durch einen Strom von hoher Frequenz durchstrahlt. Diese Zelle wird durch einen Strom von hoher Frequenz durchstrahlt, und wenn diese Spirale dabei geschwächt wird, so wird die Zelle durch einen Strom von hoher Frequenz durchstrahlt.

Die Zelle wird durch einen Strom von hoher Frequenz durchstrahlt, und wenn diese Spirale dabei geschwächt wird, so wird die Zelle durch einen Strom von hoher Frequenz durchstrahlt. Die Zelle wird durch einen Strom von hoher Frequenz durchstrahlt, und wenn diese Spirale dabei geschwächt wird, so wird die Zelle durch einen Strom von hoher Frequenz durchstrahlt.

Die Zelle wird durch einen Strom von hoher Frequenz durchstrahlt, und wenn diese Spirale dabei geschwächt wird, so wird die Zelle durch einen Strom von hoher Frequenz durchstrahlt. Die Zelle wird durch einen Strom von hoher Frequenz durchstrahlt, und wenn diese Spirale dabei geschwächt wird, so wird die Zelle durch einen Strom von hoher Frequenz durchstrahlt.

staltungen wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse neben den Erstattungen infolge Verbleibensfall nicht genügend berücksichtigt worden. Aus diesen Erstattungen lassen sich aber noch große Summen herausheben, und gerade hierfür bedarf es der weiteren Mitarbeit aller Funktionäre, weil es hier noch mehr darauf ankommt, daß im Antrag die Notlage des einzelnen Falles besonders eindringlich geschildert wird. Da die Frist für diese Anträge ebenfalls mit dem 31. Dezember abläuft, müssen die nächsten Wochen ausgenutzt werden. Bis die Zeit nicht ausreicht, um die Belege zu beschaffen, empfiehlt es sich, die Anträge zunächst ohne die Belege rechtzeitig einzulegen und die Belege später nachzuliefern.

Neben der Ermäßigung der Lohnsteuer im Wege nachträglicher Erstattung darf aber schließlich nicht die Möglichkeit vergessen werden, die Lohnsteuer für das folgende Jahr von vornherein zu ermäßigen. Diese vorherigen Ermäßigungen erfolgen durch eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums, sowie der Zuschläge für Werbungskosten und Sonderleistungen, und zwar ebenfalls nur auf Antrag. Jedoch sind diese Erhöhungsanträge an keine Frist gebunden, sondern können jederzeit gestellt werden.

Sozialdemokratischer Antrag zur Lohnsteuer

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag zur Lohnsteuer eingebracht, der verlangt, daß ein Einkommen von 100 M monatlich vom Steuerabzug frei bleibt, und zwar 65 M als steuerfreier Lohnbetrag und je 17,50 M zur Abgeltung der Werbungskosten bzw. der Sonderleistungen, außerdem sollen die Familien-ermäßigungen in folgendenmaßen erhöht werden: für die Ehefrau auf 20 M, für das erste und zweite Kind auf je 30 M und für das dritte und vierte Kind auf je 40 M, für das fünfte und jedes folgende Kind auf je 50 M monatlich.

Ausländische Bestellungen für unsere Schwerindustrie. Der deutschen Schwerindustrie gelang es in der letzten Zeit, größere Auslandsbestellungen hereinzubekommen. Einem jüngsten Bericht des „Manchester Guardian Commercial“ zufolge erhielt Thyssen eine Bestellung auf 15 000 Tonnen Kohre für Kapstadt (Südafrika); Vinske-Potmann liefert 62 Lokomotiven und eine ansehnliche Zahl von Eisenbahnwaggons nach Brasilien im Werte von 2 Millionen Dollars; dieselbe Konzern erhielt Bestellungen aus Ägypten und Südafrika. Große Bestellungen erfolgten vor allem aus Rußland. Der Otto-Wolff-Konzern erhielt zum Beispiel eine russische Bestellung für Blechplatten im Werte von 12 Millionen Mark und für Bohrapparate im Werte von 2 1/2 Millionen. Metallfirmen erhielten Lieferungsverträge auf 10 Millionen, eine Berliner Papierergoßhandelsfirma auf Papier im Betrage von 4 Millionen Mark. Die Sternenswerte werden in Norwegen eine Brücke bauen. Das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat liefert 30 bis 40 000 Tonnen Kohlen nach den Vereinigten Staaten, wo der Kohlenstreik noch im Gange ist. Allerdings sind die Verkaufspreise wesentlich niedriger als die inländischen. Die von der Rohstoffgemeinschaft gewährten Ausfuhrvergütungen an die verarbeitende Industrie entsprechen der Differenz zwischen den Inlands- und Auslandspreisen. Diese Vergütungen betragen 10 bis 40 M pro Tonne je nach Art und Verschiedenheit der gelieferten Halbfabrikate.

Parole Einheitsfront

Die Kommunisten kündeten eine neue Taktik, die mehr im Sinne der proletarischen Bewegung liegen solle. Mit welchen Mitteln nunmehr die Kommunisten unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern arbeiten, zeigt folgendes Bild, das in der roten Fahne, dem Zentralblatt der kommunistischen Partei vom 20. November 1925 stand.



Diese Gemeinschaft wird durch diesen niederträchtigen Schrieb erklärt: Haltet euch vor Augen, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bei Vertretung eurer Lohnforderungen usw. Bündnisse vor den Herren machen, nicht wagen, energisch eure Forderungen zu vertreten, wie sie sogar zum Teil mit den Herren zusammen laufen und darüber eure Forderungen vergessen.

Das ist also die gewerkschaftliche Einheitsfront, für die in den Betrieben Einheitskomitees gebildet werden sollen. Späher über solche niedere Bestimmung!

von der dortigen Lichtquelle getroffen wird, so schließt diese Stelle das empfangene Licht völlig ein. Die Schirmzelle kann dann auch nicht gereizt werden; der Sender schickt keine Wellen aus; die Karoluszelle im Empfänger bleibt unberührt; es gelangt kein Licht auf das empfindliche Papier; es wird keine Schwärzung veranlaßt; die getroffene Stelle bleibt darum hell.

Ist also der erforderliche Synchronismus bei den beiden umlaufenden Walzen wirklich vorhanden, so müssen im Empfänger gelbe und dunkle Stellen in einer räumlichen Anordnung entstehen, die der Urchrift entspricht; aber so, daß die Schrift weiß auf schwarzem Grunde erscheint. Die beiden Walzen können nun sehr wohl für raschen Lauf eingerichtet werden, also dazwischen, daß das Abtippen eines Schriftzuges auf einem Blatte von der oben angegebenen Größe nur einige wenige Sekunden einnimmt. Freilich macht dann die Schwierigkeit, die Werte wirklich ganz übereinstimmend arbeiten zu lassen. Aber man hofft sogar noch dahin zu gelangen, daß sich das Geschäft der Übermittlung in dem Bruchteil einer Sekunde vollzieht.

Die Möglichkeit eines so raschen Betriebes hängt aber auch von der Beweglichkeit der Schärfer- und der Karoluszelle ab. Man bedenke nur, was diesen Organen dann innerhalb kurzer Zeitpausen für eine Fülle von Arbeiten obliegt! Aber sie vermögen den wechselnden Forderungen betreffs Wellenlenkung im Sender und Lichtsteuerung im Empfänger wirklich ungenau, auch zu folgen, weil dabei keine körperlichen Organe — Plättchen, Spiegel und dergleichen — mit ihrer Massenträgheit bewegt zu werden brauchen. Bei der Lichtzelle werden nur parte Elektronenströme in Bewegung gesetzt, und in der Karoluszelle fließt die unsichtbare Ladung eines Kondensators durch winzigen, gemischten Aufwärtswellen polarisierter Lichtstrahlen.

Sieheher führt das geschriebene System auch zu einem brauchbaren Fernseher. Die Aufgaben sind denen (oben) und für die Bildtelegraphie sind im Grunde die gleichen: in beiden Fällen gilt es, Bildpunkte in ihrer Helligkeit und räumlichen Anordnung in die Ferne zu übertragen. Aber das muß beim Fernsehen ungenau in schnell gelassen, und zwar so, daß das Bild, während es „lebt“, fortwährend in je dem zweiten Teil einer Sekunde neu übermalt wird. Dann empfängt das Auge den Eindruck von etwas Zusammenhängendem und von lebendigen Bewegungen. Und hier können die beiden Zellen, die von Telefunken verwendet werden, gewiß treffliche Dienste leisten. Hans Bourquin.

Die Auswirkung der Gemeinlast in der Krankenversicherung

Die Gemeinlast ist am 1. Januar 1925 in Kraft getreten. Der Zweck des Gesetzgebers war, die Klassen mit überwiegend weiblichen Versicherten durch die Ausgaben an Kranken- und Wochenhilfe vor angeblich allzu großer Belastung zu schützen.

Table with columns: Art der Betriebskrankenkassen, Mitglieder (männl., weibl.), Dauer der Familienhilfe, Ausgabe 1924 je Mitglied (Wochenhilfe, Arzt, Zahnarzt, Hausgeld, Gesamtausgabe), Gemeinlast 1925 je Mitglied (erhalten, zu bezahlen).

Ein Vergleich der Ausgaben zwischen der Ortskrankenkasse und den Betriebskrankenkassen ergibt mit aller Deutlichkeit, daß je größer eine Klasse und je vielfeitiger die Zusammensetzung der Versicherten ist, desto günstiger ein Lastenausgleich zum Vorteil der Versicherten schon innerhalb der Klasse geschieht, und deshalb auch der Vorteil oder Nachteil der Gemeinlast ein ganz geringer ist.

Vergleicht man nun die Ausgaben der acht Betriebskrankenkassen untereinander, so erkennt man, daß die Klassen mit überwiegend weiblichen Versicherten wohl eine bedeutend höhere Ausgabe an Wochenhilfe zu leisten haben als andere Klassen.

Die Ausgabe an Wochenhilfe bei den vier Frauenklassen schwankt im Jahre 1924 zwischen 3,70 und 5,50 M. Aus der Gemeinlast erhalten diese Klassen aber im ersten Halbjahr 1925 3,70 bis 7,50 M., umgelegt auf je 7,40 bis 15 M. je Mitglied.

Alle acht Klassen gewähren Familienhilfe. Die Wehrbelastung dieser Wehrleistung tritt bei den einzelnen Klassen hauptsächlich in den Ausgaben für Arzt und Apotheke in Erscheinung.

Da nun die Ergebnisse über die Verteilung der Gemeinlast von den Oberversicherungsämtern für das zweite Vierteljahr vorliegen, wird es sehr gut sein, die Auswirkung der Gemeinlast im Bezirk eines Oberversicherungsamtes selbst kennen zu lernen.

Table with columns: Klassenarten, erhalten (1. und 2. Quartal), zu zahlen (1. und 2. Quartal).

Das gute Weihnachtsgeschäft

Auf den Weihnachtstisch gehört ein gutes Buch. Das ist gut und nützlich für Mann und Frau, besonders aber für das Kind und die im Jugendalter Stehenden.

Der Verlag J. S. D. Dieckmann, Berlin SW 68, Eidenstraße 3, kommt mit einer Reihe guter Bücher heraus, die sich ganz besonders für Weihnachtsgeschenke eignen.

Während die Mehrzahl der Klassen von den verschiedenen Klassenarten — mit Ausnahme der Landkrankenkassen — zur Gemeinlast zu zahlen haben, erhält die größere Zahl der Landkrankenkassen aus der Gemeinlast. Das Gegenstück dazu ist aber, daß es die Klassenart ist, die es bis heute verstanden hat, die Wehrleistungen, die nach der Reichsversicherungsordnung jede einzelne Klasse gewähren kann, ihren Versicherten einander überhaupt vorzuenthalten.

Zusammenfassend kann man sagen, die Gemeinlast in ihrer jetzigen Form ist eine Prämie für alle Krankenkassen mit überwiegend weiblichen Versicherten (Betriebs- und Landkrankenkassen) und für alle rüstständigen Klassen, die es bis heute noch nicht für nötig gehalten haben, ihren Versicherten Familienhilfe zu gewähren.

Die Konferenz des Bezirks Brandenburg

Die Konferenz fand am 15. November in Berlin statt. In Vertretung des erkrankten Bezirksleiters, Kollegen Scheffler, erstattete Kollege Meier den Geschäftsbericht. Daraus war zu ersehen, daß sich die Überwindung der Folgen der Wirtschaftskrisis und Währungsstille 1923/24 das Verbandsleben sich in aufsteigender Linie bewegt.

Zur Bildung der Funktionäre und sonstigen Kollegen wurden Anfang 1925 vom Kollegen Meier 46 Vorträge über Arbeitsrecht, Volkswirtschaft, Geschichte des DMB, Kartelle und Trusts gehalten.

Die anschließende Aussprache war recht lebhaft. Sie zeigte in den wesentlichsten Gesichtspunkten eine erfreuliche Übereinstimmung, die auch ihren Ausdruck fand in einer einstimmig angenommenen Entschließung.

Kollege Schott vom Hauptvorstand sprach dann über die Wirtschaftslage und über die Erhöhung der Unterhaltungen und Beiträge im Verband. Auch die sozial umstrittene Frage der Industrieverbände wurde in dem Vortrag gewürdigt und dabei die Haltung der Ab-

Konferenz des Bezirks Hagen

Sie tagte am 15. November in Hagen. Alle Verwaltungen waren vertreten. Vom Vorstand war der Kollege Schott erschienen. Den Geschäftsbericht erstattete der Bezirksleiter, Kollege Freitag.

Sehr gute Familienbücher sind folgende: Kinder der Zukunft. Von Martin Andersen Regz. Ganzleinen Preis 4 M. Regz sagt in seinem Buch: Es ist notwendig, daß einer der Gesellschaft auch die unheimlichsten Wahrheiten sagt, und wer ist geeigneter dazu, als der, der das Elend bis auf den Grund kennen gelernt hat?

ordnung des DMB auf dem Breslauer Gewerkschaftstreffen berührt. Daß die Konferenz die Stellungnahme in Breslau ausdrücklich billigte, wurde bestätigt durch die einstimmige Annahme folgender Entschließung:

Die Konferenz bedauert den Beschluß des Breslauer Gewerkschaftstreffens in der Frage der Industrieorganisationen. Die Konferenz billigt ausdrücklich die Haltung der Metallarbeiterdelegation auf dem Breslauer Gewerkschaftstreffen und beauftragt den Vorstand des DMB, nach wie vor unermüdet tätig zu sein für die Schaffung von Industrieorganisationen, da nur durch leistungsfähige Industrieorganisationen, insbesondere auch innerhalb der Metallindustrie, die Möglichkeit besteht, endlich die so notwendige Einheit des Handels gegenüber dem Unternehmertum herbeizuführen.

Die Erhöhung der Unterhaltungen und der Beiträge wurde lebhaft erörtert und allgemein deren Notwendigkeit anerkannt. Auch die hierzu vorgelegte Entschließung, die aus der Mitte der Versammlung kam, fand einstimmige Annahme. Sie lautet: Die Konferenz begrüßt den Beschluß des Vorstandes und des erweiterten Beirats, demzufolge die Unterhaltungsätze bei Streiks und Maßregelungen sowie bei den anderen Unterhaltungsarten erhöht werden.

Die 44stündige Arbeitswoche in Neusüdwales

Die gesetzgebende Versammlung von Neusüdwales (Australien) hat, wie wir The Westralian Worker vom 26. September entnehmen, das Gesetz über die 44stündige Arbeitswoche angenommen. Es macht die 44stündige Arbeitswoche ohne irgendeine Verminderung der jetzigen Lohnsätze für alle Industrien gesetzlich, die von den Lohn- und sonstigen Entscheidungen des Staates und des Bundes erfaßt werden.

Überzeitarbeit kann eingeschränkt oder verboten werden zu dem Zweck, die vorhandenen Aufträge zu verteilen, um etwaige Arbeitslosigkeit zu vermindern. Das Lohn-Niveau ist ermäßigt, der Erhöhung der Arbeitsstunden zugunsten, wenn es nach der Meinung des Amtes von öffentlichem Belang ist.

Neuverteilung des Kapitals in den Vereinigten Staaten

Die Neuverteilung über die Neuverteilung des Kapitals seit dem Krieg zeigen den großen Fortschritt der Kapitalanlagen der kleinen Leute. Immer bessere Schichten werden als Aktionäre oder Inhaber von Wertpapieren an den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen beteiligt.

Reisen und Schiffe in der kaiserlichen Flotte

Reisen und Schiffe in der kaiserlichen Flotte. Von E. Persius. Ganzleinenband 3,75 M. Kapitän a. D. Persius, der von Leipzig und seinem Anhang wegen seiner rückhaltlosen Kritik bestgesetzte Marinekritiker und tapere Pazifist, reist in diesem Buch der „dieselgeliebten“ Flotte des letzten Hohenzollern die Maske herunter und zeigt dem flammenden Völkern ihr wahres Gesicht.

